

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Müldersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Müldersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizeile 40 Pfg.

Nummer 43.

Berlin, den 22. Oktober 1911.

12. Jahrgang.

Kollegen, führt die Herbstagitation eifrig durch, und bereitet die Winteragitation vor.

Zur Teuerung.

Allmählich läßt man es nicht mehr bei den Klagen über die Teuerung bewenden, sondern geht zu praktischer Arbeit über. Das ist ohne Zweifel die beste Art ihrer Bekämpfung. Eine Anzahl Kommunen ist zum Bezug von Kartoffeln, Fischen und anderen Produkten übergegangen. Das hatte zum Teil erhebliche Preisrückgänge im Gefolge, so in Karlsruhe für Kartoffeln um 10 bis 15 Prozent. Die Stadt Köln bewilligte ihren Angestellten und Arbeitern bis zur Einkommensgrenze von 2200 M. eine Teuerungszulage von insgesamt 180 000 M. Essen stellte 30 000 M. für besondere Notfälle bereit usw. Die allgemeine öffentliche Erörterung und die in Aussicht gestellten Maßnahmen werden nicht ohne Einfluß auf die Preisbewegung, und zwar nach unten, bleiben.

Nach den neuesten Ernteschätzungen ist die Kartoffelernte nun gar nicht so schlecht, wie bisher allgemein hingestellt wurde. Gewiß ist sie in einzelnen Gebieten schlecht ausgefallen, aber nicht in allen. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, ist mit ungefähr 3/4 einer Mittelernte zu rechnen. Die Großhandelspreise sollen mit dieser Schätzung übereinstimmen. Diese betragen für weiße Kartoffeln für den Zentner in Preußen, je nach Lage, der Eisenbahnstation und Sorte, 2,50-3,50 M. Der Durchschnittspreis für den Zentner Kartoffeln bewegte sich in den letzten fünf Jahren zwischen 1,35 und 3,06 M. Müldersdorf liegt es dagegen mit den Kleinhandelspreisen. Nach der amtlichen Statistik, die sich über 50 Großstädte in Preußen erstreckt, betrug der Durchschnittspreis im September dieses Jahres pro Pfund 53 Pf. gegen 38 Pf. im Durchschnitt der beiden letzten Jahre. Infolge der herabgesetzten Eisenbahnfracht um die Hälfte und einer sehr starken Einfuhr aus Holland sind die Großhandelspreise in den einzelnen Gebieten ziemlich gleich. Trotzdem ist im Kleinhandel ein erheblicher Preisunterschied festzustellen, z. B. beträgt der Preis am häufigsten 4 Pf. pro Pfund in Königsberg, 5 Pf. in Berlin, in Bromberg, Frankfurt a. M. und Erfurt 7 Pf., in Kassel sogar 7,5 Pf. Daß es auch Großhändler gibt, die die ermäßigte Fracht zu ihrer eigenen Bereicherung ausnützen, wird an einem Wiesbaden gemeldeten Fall bewiesen. Der betr. Großhändler reichte die 65 M. pro Waggon betragende Frachtermäßigung glatt ein. Da es sich um 400 Waggon aus Holland handelte, betrug der Verdienst allein an der Fracht 26 000 Mark; da der Verdienst an den Kartoffeln selbst fast genau so hoch war, läßt sich erst die gewissenlose Auswucherung der Konsumenten richtig übersehen.

Recht bemerkenswerte Ergebnisse über die Spannung des Kleinhandelsverdienstes zwischen 1910 und 1911 zeigt eine Statistik der Stadt Essen. Danach betrug der Verdienst für Blumenohl pro Pfund am 29. September 1910 5 Pf., am 28. September 1911 dagegen 5-15 Pf., Spinat in 1910 3-4 Pf., in 1911 6-8 Pf., Stangenbohnen 5 Pf. in 1910, 7-8 Pf. in 1911, Kohlrabi 2-3 Pf. in 1910, 5-6 Pf. dagegen in 1911, für gelbe Erbsen 5 Pf. in 1910, 11 Pf. in 1911, für Linsen 9 Pf. in 1910, 12 Pf. in 1911, für 1 Kilogramm Roggenmehl 4 Pf. in 1910, 6 1/2 Pf. in 1911, für Weizenmehl 5,5 Pf. in 1910, dagegen 6 1/4 Pf. in 1911 usw. Aus dieser Verdienststeigerung pro Pfund ergibt sich zur Evidenz die Auswucherung der Notlage der konsumierenden Bevölkerung. Und wie es in Essen ist, wird es wohl auch anderwärts sein. Das anhebende Geschrei der Detaillisten über die Maßnahmen der Regierung und der Kommunen finden wir darum sehr unangebracht. Gegen einen maßvollen Verdienst des Händlers wird niemand etwas einzuwenden haben, wenn er aber Wege einschlägt, wie sie sich aus der Essener Statistik ergeben, darf er sich nicht wundern, wenn das kaufende Publikum sich dagegen zur Wehr setzt.

Damit wollten wir nicht dem Kleinhandel allein die Schuld an der Ueberforderung der Konsumenten aufbürden. Die großen Spekulanten haben mißbilligend die Preistreiber zuerst in Szene gesetzt und in kurzer Zeit ihr Schäfchen ins Trockne gebracht. Das Teuerungsgeschrei setzte momentan ein, damit auch die kolossalen Preiserhöhungen. Und da nun das Publikum glaubte, alles wird teurer, wählten die Spekulanten das aus, obwohl für eine ganze Reihe Produkte gar keine Veranlassung dazu vorlag, bei denen von einer Mißernte gar nicht geredet werden konnte.

Um Einfluß auf die Fleischpreise zu gewinnen, finden in einer Reihe Städte Besprechungen zwischen städtischen Behörden und Metzgermeister statt. Von positiven Ergebnissen ist bisher nichts bekannt geworden. Tragen die Viehhändler und Metzgermeister den bestehenden Verhältnissen keine Rechnung, drohen einzelne Städte mit Eigenbeschaffung. Die schlimmsten Auswüchse zeitigen auf dem

Gebiete der Fleischversorgung die Viehhändlerringe, die den Viehmarkt durchaus beherrschen und sowohl die Bauern wie die Metzgermeister tyrannisieren. Man sollte doch meinen, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften im Verein mit den Metzgern diese Zwischenhändler zum größten Teil ausmerzen könnten. Zum mindesten sollten amtliche Preisnotierungsstellen errichtet werden, um Klarheit über die Verteuerung des Fleisches durch den Zwischenhandel zu erhalten.

Es werden nun der Regierung eine ganze Reihe Vorschläge zur Linderung der tatsächlich bestehenden Notlage gemacht. Die radikalsten sind Aufhebung aller Zölle auf Lebensmittel und Vieheinfuhr. Daß diese in erster Linie von den Sozialdemokraten erhoben werden, ist nicht weiter zu verwundern. Es muß aber hier festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie an der praktischen Bekämpfung der Teuerung mit den gegebenen Mitteln am allerwenigsten tut. Mit einer geradezu grotesken Hilflosigkeit sieht sie der Situation gegenüber, schreit nur nach Aufhebung der Zölle. Die Organisierung des Masseneinkaufs überläßt sie lieber den Bourgeois, wahrscheinlich da sie merkt, daß die Versorgung der großen Masse mit Lebensmitteln keine Meingleit ist. Was ist z. B. bis jetzt in Berlin von der Sozialdemokratie geschehen? Nichts! Große Reden hat sie im Rathaus gehalten und im Verein mit dem Freijahr einige völlig bedeutungslose Beschlüsse gefaßt. Dafür aber hat sie in Berlin ein geradezu infames Flugblatt, ein schamloses Heftblatt verbreitet, in dem sie zu Protestversammlungen auffordert. Geht diese rote Heze weiter, soll es uns nicht wundern, wenn es zu Krawallen wie in Wien kommt die durch den Schuß des Sozialdemokraten Njegus Barak im österreichischen Reichsrat auf den Justizminister ihre besondere Illustration fand. Ihre wahrwärtige Heze richtet sich ausschließlich gegen die „Junter“ und Bauern. Ja zum Ausdruck noch einmal, haben denn die „Junter“ und Bauern die Riesenermögen in Deutschland in der kurzen Zeit zusammengehoben können, oder sind das nicht die Industriekönige und vor allem die Handels- und Börsejobber. Wir wollen weder die „Junter“ noch die Bauern in Schutz nehmen, aber Tatsache ist, daß die vielfachen Millionen, vor allem die neugebauten, faßt nur in Industrie-, Handels- und Börsenkreisen zu finden sind. Die Wahrheit gebietet uns das auszusprechen. Warum richtet sich die ganze Stofkraft der Sozialdemokratie nicht auch gegen diese und bloß nur gegen die Bauern? Nun, die Vorliebe der Sozialdemokratie für die Börse ist bekannt, sie stimmte im Reichstag ja auch gegen jede Börsensteuerung, aber auch der jüdische Einfluß in ihren Reihen bleibt nicht ohne Folgen. Und die rote Heze gegen die Bauern lenkt ja so nett die Aufmerksamkeit von den wirklichen Lebensmittelspekulanten ab. Vielleicht zeigen sie sich erkenntlich dafür. Wir hielten es für notwendig, das nebenbei zu sagen.

Eine Anzahl Städte fordern von der Reichsregierung eine vermehrte Vieheinfuhr, sowie Zulassung ausländischen Gefrierfleisches, Suspendierung der Zölle auf Mais und Futtergerste, ferner Linderung der Zölle für einige andere wichtige Lebensmittel. Ferner eine Reform der Einfuhrschemine. Für eine solche macht die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer recht beachtenswerte Vorschläge. Der bayerische Landtag hat sich schon mit der Teuerung befaßt und kommen ähnliche Wünsche zum Ausdruck. Es bleibt nun noch abzuwarten, was der Reichstag und die Regierung tut. Eine Besprechung der Notlage wird schon in den ersten Tagen nach Wiederzusammentritt des Reichstages vor sich gehen, ist vielleicht schon erfolgt, wenn diese Zeilen vor die Augen der Kollegen kommen.

Eine zahlreich besuchte Konferenz von christlichen Arbeiterführern hat eine ausgiebige Besprechung der gegenwärtigen Teuerungssfrage vorgenommen. Das Resultat dieser Besprechung ergab folgende Gesichtspunkte, die für die Zeit des Kooperations als Vorschläge zur Milderung der Teuerungsverhältnisse in Betracht kommen können:

1. Es sind Maßnahmen zu treffen, um nach Möglichkeit die einheimische Fleischproduktion sicherzustellen, deshalb die Zufuhr von Futtermitteln für die Landwirtschaft zu erleichtern und nach Kräften zu fördern.

2. Da aller Voraussicht nach infolge der mangelhaften Futtermittel und der hohen Kartoffelpreise die Viehzucht und Mast nicht in dem bisherigen Umfange betrieben werden wird, sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Zufuhr ausländischen Fleisches zu fördern, und zwar durch Versuche mit der Einfuhr vom Gefrierfleisch, Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Büchsenfleisch und Hartwurst und durch weitere Oeffnung der Grenzen zur Erleichterung der Vieheinfuhr.

Bei diesen Maßnahmen ist Bedacht darauf zu nehmen, daß geeignete sanitäre Vorschriften zur Anwendung ge-

langen, um die Konsumenten vor Schädigung der Gesundheit durch krankes und schadhafes Fleisch nach Möglichkeit zu schützen sowie eine Verseuchung des deutschen Viehbestandes zu verhindern.

3. Als Ersatz für den Ausfall der heimischen Gemüseernte ist in Aussicht zu nehmen die Erleichterung und Verbilligung der Einfuhr von Gemüsen und solchen Kolonialwarenartikeln welche als Ersatz für Gemüse gelten können. Weiterhin ist für die Zeit der Teuerung in Erwägung zu ziehen der Weg der Rückvergütung des Zolles an diejenigen Händler und öffentlichen Institutionen, welche es sich zur Aufgabe stellen, ohne Gewinn die unteren Volksklassen mit Lebensmitteln zu besorgen. Das gleiche soll versucht werden für die Einfuhr von Molkereiprodukten, insbesondere Butter und Käse.

4. Die Gemeindeverwaltungen sollen in Erwägung ziehen, inwiefern durch Einrichtung von Fisch- und Gemüsemärkten einerseits ein Ersatzmittel für Fleischnahrung geschaffen und andererseits Preisereibereien des Handels- und der Spekulation entgegengewirkt werden kann. Die zum Verkauf gelangenden Produkte sind ohne Gewinn an die Konsumenten abzugeben.

5. Reich, Staat und Gemeinde sollen in planmäßiger Weise dahin wirken, daß die Rolle, welche der Zwischenhandel bei der Lebensmittelversorgung, insbesondere der Preisbildung, spielt, durch gute Statistiken umfassender und klarer festgestellt wird. Außerdem erscheinen Einrichtungen geboten, welche durch fortlaufende Zählung jederzeit ein zuverlässiges Urteil über den jeweiligen Viehbestand ermöglichen.

~~~~~

Wer die Zeit verklagen will,  
Daß so zeitig sie veriraucht,  
Der verklage sich nur selbst,  
Daß er sie nicht zeitig braucht.

Logan.

~~~~~

Neues vom „Sitz Berlin.“

„Sitz Berlin“ fühlt sich wieder in seinem Element. Es kann wieder polemisieren, spintifizieren und intrigieren. Was soll er auch sonst machen? Die numerische Schwäche seines katholischen Fachabteilungen degradiert ihn zu völliger Einflusslosigkeit im Wirtschaftsleben Deutschlands. Was wollen seine 17 000 Mitglieder, die sich auf alle Berufe verteilen, so daß auf den einzelnen Beruf immer nur einige Hundert entfallen, denn auch gegen die 2 1/2 Millionen organisierter Arbeiter ausrichten? Nichts, aber auch rein gar nichts! Aber halt, doch! Sobald die Unternehmer Hilfe bei ihnen gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu finden glauben, um deren Wünsche nicht erfüllen zu brauchen, sind ihnen die Fachabteilungen herzlich willkommen. Da finden sie sogar große Beachtung, die den Unternehmern natürlich nichts nützt, da eben hinter den großtönenden Worten der Fachabteilungsleiter die Soldaten fehlen. Und so haben in der Regel dann beide den Spott.

Die katholischen Fachabteilungen bilden ein Novum im deutschen Wirtschaftsleben. In keinem Stand haben wir eine ausgesprochen konfessionelle Organisation zur Vertretung der besonderen Berufsinteressen. Sie wird auch von gar keinem Stand verlangt, nur „Sitz Berlin“ fordert sie von den katholischen Arbeitern. Diese sollen in konfessionellen Berufsorganisationen abgefordert und geistlicher Oberleitung unterstellt werden. Von den Unternehmern wird das nicht verlangt, ja nicht einmal theoretisch. Warum versucht denn „Sitz Berlin“ nicht dort seine Kunst? Warum geht er nicht zur Gründung von katholischen Arbeitgeberverbänden, Syndikaten, Kartellen, Bauernvereinen usw. über? Daß du die Nase im Gesicht behältst — das fällt ihm gar nicht ein. Er dokort nur an den „guten braven“ Arbeitern herum, heßt sie gegeneinander, spielt sie gegenseitig aus, sucht vor allem die geistlichen Behörden mit Mißtrauen gegen die christlichen Gewerkschaften zu erfüllen.

Daran hindert ihn auch nicht, daß selbst die eigenen Arbeitervereinsmitglieder von „Sitz Berlin“ ein ablehnendes Verdict gegen ihn ausgesprochen haben. Denn wenn von angeblich 130 000 Arbeitervereinsmitgliedern sich mit Ach und Krach ganze 17 000 den Fachabteilungen anschließen, ist das ein geradezu vernichtendes Urteil. Jeder andere würde ob solcher Ohreize aus eigenen Reihen die Segel streichen. Von „Sitz Berlin“ wäre das zu viel verlangt. Mit fanatischem Ingrimm ja, ... seinem alten Ziel weiter nach, wobei man nicht entscheiden kann, ob die wahrhaftige Ueberzeugung, oder der persönliche Ehrgeiz

der nicht unterliegen will, die Haupttriebkraft bilden. Zudem ist ihm das ja ziemlich billig, da er die Mittel für den Kampf nicht aus eigener Tasche, sondern von den Beiträgen der Arbeitervereinsmitglieder, also aus Arbeitergroschen, bezieht.

Das Haupthindernis ihres Nichtvordringens erblicken nun die Fachabteilungsgeneräle in den christlichen Gewerkschaften. Wegen sie richtet sich auch ihre Hauptkraft. Nimm einige Hände des „Arbeiter“ oder des „Arbeiter-Präsidenten“ von „Sitz Berlin“ zur Hand, und du findest fast nur polemische Artikel gegen die christlichen Gewerkschaften und solche, die sich um das „Berliner“ Programm bewegen. Diese aneinander gereiht, ergeben eine noch längere Strede wie das Baugerüst um das Völkerverständnis in Leipzig, das bekanntlich von Leipzig bis Kiel reicht. Sodann fortlaufend sensationell aufgepumpte Mitteilungen über Äußerungen irgendwelcher Personen, ob geistlichen oder weltlichen Standes, ob aus christlichen oder unchristlichen Kreisen stammend, die sich für sein „Programm“ irgendwie eignen. Kenglich liegt er auf der Lauer, wo er irgend etwas aufschnappen kann, und hat er etwas erwischt, dann kommt er mit brühenden Worten: „Eine aufsehenerregende Mitteilung“, eine „hochbedeutende Rede“ usw. usw. Wie lächerlich er sich mit dieser Methode macht, kommt ihm gar nicht zum Bewußtsein, zumal sie ihm bis jetzt auch gar nichts genützt hat. Wir empfinden regelmäßig eine große Freude und Spaß, wenn wir „Sitz Berlin“ mit einem doppelten Salto mortale auf irgendeine Äußerung losstürzen sehen. Ueber so kindisch veranlagte Menschen, die die Realitäten der Verhältnisse so wenig zu beurteilen verstehen, kann man letzten Endes auch nur lachen.

Alles Heil erwartet „Sitz Berlin“ von einem Verbot der christlichen Gewerkschaften durch die kirchlichen Behörden. Das geht ja natürlich nicht, denn diese sind selbständige Organisationen. Und das werden sie auch bleiben. Wir kennen aber auch keine Gründe, vermittle man den katholischen Arbeitern die Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften unmöglich machen wollte. Die christlichen Gewerkschaften sind keine kirchlichen Organisationen, sie haben als Bürgerlichem Recht, und nur mit allgemein erlaubten und dem christlichen Sittengesetz nicht zuwiderlaufenden Mitteln wollen sie ihren Zweck verfolgen. Da kann es gar kein Verbot geben. Zudem: Was für die Arbeiter gelten sollte, trifft auch für die Unionsmitglieder zu. Und in unserer Zeit begnügt man sich nicht mit platonischen Erklärungen, da muß gefordert werden. In welchen Zweifeln sollte dadurch mancher katholische Großindustrielle, der zugleich im Vordergrund des öffentlichen Lebens steht, als Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, Syndikats, Kartells oder sogar irgend eines Monopols, geraten? Und seine verschiedentliche gesellschaftliche Umgebung? Mit Singern würden die Arbeiter auf ihn und die ihn Umgebenden weisen, wenn ihm ein anderes Recht gestattet würde, als wie dem armen Proleten. Aus diesen und anderen Gründen ist darum ein Verbot nicht im entferntesten zu denken. Zudem ist bis heute noch nicht einmal ein kirchliches Verbot für die direkt christlichen Individuen sogenannten „freien“ Gewerkschaften ausgesprochen worden. Würde ein solches nicht auch „Sitz Berlin“ eine Anzahl Mitglieder kosten?

Naht alles nichts, „Sitz Berlin“ hetzt an dem alten Strang weiter. Und in letzter Zeit macht er wieder ganz besondere Anstrengungen. Zwei neue Streitschriften hat er herausgegeben, von denen die eine als „Grundlegend und entscheidend“ bezeichnet wird, die andere sind „Randbemerkungen“, das Protokoll des letzten Delegiertentages wird in allen Tönen angegriffen, ebenso die Schmäler älteren Datums. Der „Arbeiter“ ist sich selbst in „prinzipiellen“ Aufsätzen weiter, späßt und lacht, wo er irgend etwas für seine Zwecke erwischen kann. Als Kronzeuge wird dann noch die ausländische Presse an den Rangher gestellt, parbon, angereizt, wollen wir sagen. Die „Generäle“ sind dann noch am Rindern. Demnächst wird vor ärgerten Betrugskumpen schreit man nicht zurück. So redete nach dem Protokoll vom diesjährigen Delegiertentag (Seite 8) vom „Sitz Berlin“ Herr Sig. Bouratelle von den „berühmten christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften“.

Das das eine wissenschaftliche Unwahrheit ist, stellen wir hiermit fest. Herr Sig. Bouratelle, der Gesellschafter des Herrn Bouratelle, konfirmierte sich vorläufig in seinem Buch „Das Christentum der christlichen Gewerkschaften“ ein interkonfessionelles Christentum zusammen und erklärte dazu:

„Der mit christlichen Gewerkschaften und mit Freunden und Gönnern dieser Bewegung Fühlung hat, wird wissen, daß die Idee eines solchen interkonfessionellen Christentums auch in katholischen Kreisen vertreten wird.“ (S. 37)

Sie bemerken dazu: „Herr Sig. Bouratelle wird der Beweis für diese Behauptung nicht erbringen können, wir verlassen unter allen Umständen die Angabe von Namen. Sie wollen Klarheit, ob es sich um eine beweislose Behauptung, also um eine Verleumdung handelt, oder ob das auf Wahrheit beruht.“

Herr Sig. Bouratelle ist die Antwort schuldig geblieben, er hat keine Behauptung, die nicht als eine Verleumdung ist, noch nicht einmal zu beweisen versucht. Das mag ihm freilich schwerer fallen, als wenn er seinen Redegänger in S. & K. zu Boden auf seine Behauptungen hin überreden läßt.

In ähnlichen Tönen bewegen sich die Äußerungen des Präsidenten der katholischen Junglingsvereine für die Diözese Breslau, Herr Karaschewsky, der laut obengenannten Protokolls (S. 131) die Behauptungen der christlichen Gewerkschaften hinsichtlich der jugendlichen Arbeiter behandelt und dann urteilt: „Die christlichen Gewerkschaften werden vielmehr, da sie in der praktischen Behandlung des Arbeitsverhältnisses mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften auf demselben Boden stehen, als mit wirtschaftlichem Gebiet, wie ja die Erfahrung genügt, die in der Sozialdemokratie sind, für die jugendlichen Arbeiter, als ein mächtiges Mittel zur sozialdemokratischen Gewerkschaft bilden.“

Wahrlich nach das in Speyer und das Wort „Arbeit“ sogar in Freiburg hervorgehoben. Man kann von uns nicht

verlangen, daß wir zu diesen von keinen Kenntnissen beschwerten Ausführungen, die zu beweisen von dem Herrn auch gar kein Versuch gemacht wurde, etwas sagen. Wir wollen nur ihren beleidigenden und denunciationsartigen Charakter hervorheben. Ober ist es keine Beleidigung hunderttausender christlicher Arbeiter, die im schwersten Kampfe mit der Sozialdemokratie stehen, die ihn aber auch praktisch draußen auf der Arbeitsstelle durchführen, statt platonischer Erklärungen in ungeschicklichen und friedlichen Mitgliederversammlungen, wenn man ihnen derartige unqualifizierbare Behauptungen ins Gesicht schleudert? Das ist einfach unerhört. Und das Intriguenspiel der letzten Wochen in einer bestimmten liberalen Presse? „Sitz Berlin“ ist immer noch an seinen krummen Wegen geschwehrt, und so wird es ihm auch diesmal mit seiner neuesten Aktion gehen. Inzwischen hat er alle Mühe, das häßliche Sachverhältnis zusammenzufassen. Die christlichen Gewerkschaften dagegen haben die 350 000 Mitglieder überjährt, und ihr weiterer Fortschritt ist für die Zukunft verbürgt.

Das Ergebnis der Tarifberatungen im Buchdruckgewerbe

liegt nun vor. Nach vierzehntägigen Verhandlungen wurde ein neuer Lohnvertrag auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 53 1/2 auf 53 Stunden herabgesetzt. Die englische Arbeitszeit wurde nicht verkürzt, sondern mit 8 1/2 Stunden pro Tag (53 Stunden pro Woche) beibehalten. Der Lohn wurde erhöht für Renaugelernte im ersten Gehilfenjahre von 18 auf 19,50 %, für Gehilfen bis 21 Jahre von 23 auf 25 %, für Gehilfen von 21 bis 24 Jahre von 24 auf 26 %, und für Gehilfen über 24 Jahre von 25 auf 27,50 %. Die Lohnherabsetzung betrug also rund 10 Prozent. Zu den angeführten Sätzen kommen die Lohnzuschläge für Orte mit besonders verteuerten Lebensbedingungen (von 2 1/2 bis 25 Prozent), die nach dem Ortsklassenprinzip des Reichslohngesetzes geregelt wurden. Bezüglich der Lebensunterhaltung und der Gehilfenfrage wurden kleine Verbesserungen erzielt. Dagegen ist die allgemeine Einführung des Berechnens (Klfordarbeit) an der Sechsmaschine zugestanden und auch hinsichtlich der Arbeitszeit und des Leistungsminimums den Maschinenführern unangenehme Bestimmungen eingefügt. Das Vertrauen der Männer wurde gerechtfertigt und den Prinzipalen das uneingeschränkte Kontrollrecht über die Leistungen der Gehilfen zugestanden.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung gab die Forderung des Gutenberg-Bundes Anlaß, mit einbezogen zu werden in die tarifliche Institution. Der sozial. Buchdruckerverband, der bekanntlich im Jahre 1907 den Monopolvertrag abschließen wollte, woran ihn aber die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung hinderte, ließ auch diesmal nicht vor Recht ergeben. Er sträubte sich mit aller Macht dagegen, den Gutenbergbund als gleichberechtigten Vertragskontrahenten in die Tarifinstitution aufzunehmen. Leider fehlte die Mehrheit der Prinzipalvertreter dem terroristischen Verhalten der sozialdemokratischen Verbände nur schwacher Widerstand entgegen, so daß die berechtigten Forderungen nicht erfüllt wurde. Es ist nur ein Fleckchen zu bedauern, daß der Gutenbergbund im Tarifausgleich beratende Stimme erhalten und im Tarifamt in Fragen, die ihn betreffen, gehört werden soll.

Das ist allerdings ein kleiner Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, aber kein solcher, daß sich die christliche Arbeiterbewegung damit zufrieden erklären könnte. Der unheilbare Zustand, daß eine tariflose Minderheitsorganisation, die zur Durchführung des abgeschlossenen Vertrages große Opfer bringt, aus den maßgebenden Instanzen des Tarifs ausgeschlossen sein soll, muß einmal beseitigt werden, eher wird der Gutenbergbund, und hinter ihm steht die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung, nicht locker lassen. Es handelt sich hier nicht um eine spezifische Berufsangelegenheit der Buchdrucker oder nur um eine Streitfrage zwischen sozialdemokratischem Verband und Gutenbergbund, sondern um eine weittragende Angelegenheit mit öffentlichem Interesse, an der die ganze Arbeiterbewegung wie die Öffentlichkeit interessiert sind. Wenn der sozialistische Buchdruckerverband auf seinem terroristischen Standpunkt dauernd weiter verharren sollte, muß er des nächsten Kampfes von Seiten der christlichen Arbeiterbewegung gewärtig sein.

Am 10. Oktober abends fand in Berlin in den Coronahallen eine Versammlung des Gutenberg-Bundes statt, die von etwa 500 Mitgliedern besucht war, um Stellung zu nehmen zu den Ergebnissen der Tarifberatungen. Nach einem längeren Referat des Vorsitzenden des Gutenberg-Bundes, der an den Tarifberatungen als Vertreter teilgenommen, und nach einer lebhaften Diskussion, die sich bis um 1/2 Uhr nachts hinzog, wurde folgende aus der Versammlung eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute in den Coronahallen versammelten Mitglieder des Berliner Buchdruckervereins (Gutenberg-Bund) haben mit Interesse von dem Gang der diesmaligen Tarifberatungen Kenntnis genommen. Die Versammelten erkennen die schwierige Situation, in der sich unser Vertreter befand, an und sprechen ihm für seine Tätigkeit ihr Vertrauen und ihren Dank aus. Sie hätten zwar von den diesmaligen Tarifberatungen ein besseres Ergebnis erwartet, erklären jedoch für die Durchführung des Beschlossenen nach Kräften beitragen zu wollen. Ganz entschieden protestiert die Versammlung gegen das Verhalten der Vertreter des Buchdruckerverbandes, die auch im Tarifausgleichsrecht vor Recht gehen lassen und geschloffen gegen die Forderung des Gutenberg-Bundes, einbezogen zu werden in die Tarifinstitutionen, stimmten, welche Forderung aus Gründen der Gerechtigkeit von den Prinzipalvertretern als Antrag erhoben worden war. Die Versammlung nimmt das Anrecht als einen Schritt vorwärts auf dem vom Gutenberg-Bund beschrittenen Wege, zu seinem ihm vormaligen Rechte zu kommen, hier und fordert die Kollegen auf, für Ausbreitung des Gutenberg-Bundes ihre ganze Kraft einzusetzen und mit Ausdauer den Kampf um die Gleichberechtigung weiterzuführen.“

Rundschau.

Eine Kohlebewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Die vier Bergarbeiterorganisationen des Ruhrreviers: Gewerkschaft christlicher Bergarbeiterverband, Streik-Bund, polnischer Berufsverband und sozialdemokratischer Bergarbeiterverband, sind in eine Kohlebewegung eingetreten. Eine in Oberhausen stattgefundene Sitzung nahm Stellung dazu und erklärte, daß angeht die Forderung eine Lohnherabsetzung am Maße sei, so beschließen auf Grund der bisherigen Betriebsverhältnisse auch in der Zukunft eine solche zu gewähren. Ferner beschloß sich die Sitzung mit der Wahl der Vertreter im allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum, die die Interessen der Frauen und Waisen in der Knappschaft um

die Hälfte der Löhne aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung zufließende Rente kürzen wollen. Damit würde der wöchentliche Beitrag um einen Pfennig herabgesetzt. Stellen kann die brutal-unsoziale Haltung des Grubenkapitals nicht befeuchtet werden.

Eine am Sonntag, den 8. Oktober, in Essen stattgefundene außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter nahm folgende Resolution an:

„Die heutige außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschafts für das Ruhrgebiet verurteilt mit aller Schärfe das Verhalten vieler Grubenverwaltungen, die in den Betrieben, in denen viele Löhne gefördert werden, von einem Teil der Arbeiter Ueberschichten verfahren lassen, während sie auf der anderen Seite für die Belegschaften Forderungen einlegen. Durch das genannte Verhalten der Grubenverwaltungen wird der größte Teil der Belegschaften schwer geschädigt und eine außerordentliche Unzufriedenheit erzeugt. Nicht weniger bedauerlich ist, daß die Grubenverwaltungen des Ruhrreviers ihren in der Antwort des Bergarbeiterverbandes vom Dezember 1910 gegebenen Versprechen, die Löhne steigen zu lassen, in ganz ungenügender Weise nachgekommen sind. Statt die Löhne in ausreichender Weise zu erhöhen, haben die Gruben-Verwaltungen in erster Linie sich bemüht, die Betriebsverhältnisse zu verbessern, ohne auf die herrschende Teuerung und die dadurch hervorgerufene Not ihrer Arbeiter und der davon direkt abhängigen Kreise die notwendige Rücksicht zu nehmen. Das verdient die schärfste Verurteilung. Gerade der Bergbau, dem die nationalen Bodenschätze ohne Gegenleistung zur Ausbeutung überlassen sind, hat die Pflicht, auf das Wohl der von ihm beschäftigten Arbeiter und der Allgemeinheit eine weitgehende Rücksicht zu nehmen. Statt in Zeiten einer außerordentlichen Notlage in erster Linie auf die Erzielung möglichst hoher Dividenden zu denken, sollte das im Bergbau angelegte Kapital gern Opfer bringen, um die herrschende Notlage soweit wie möglich zu beseitigen. Wir hoffen, daß der Bergbau sich dieser Pflicht bald bewußt wird.“

Hinsichtlich der Teuerung wird der Gewerkschaft eine Eingabe an die Regierung richten, ebenfalls sollen die Mitglieder in den einzelnen Orten zu Abwehrmaßnahmen übergehen.

Neue Grundzüge für die Arbeiterfürsorge auf Bauern sind von den zuständigen Ministern ausgearbeitet worden. Die Provinzialbehörden sind angewiesen worden, zu prüfen, ob eine Änderung der geltenden Arbeiterfürsorgevorschriften oder der Erlass neuer Vorschriften geboten erscheint. Das Nötige soll dann an Hand der Grundzüge veranlaßt werden. Die neuen Vorschriften gelten für Hochbauten, wenn mehr als 10 Personen gleichzeitig beschäftigt sind. Vorübergehend beschäftigte Arbeiter, wie Zimmerleute und Staker, werden dabei nicht gerechnet. Für Tiefbauten gelten sie, wenn an einer Stelle des Baues mehr als 10 Personen länger als eine Woche beschäftigt sind. Für die Arbeitspausen, schlechtes Wetter und für die Aufbewahrung von Kleidern, Lebensmitteln und Gefährlichem muß ein dicht umschlossener, mit Fenstern genügend verschlossener, luftdichter Unterflurraum geschaffen werden. Er muß mindestens 2,20 Meter im Sichten hoch sein. Der Raum muß festen Dielenfußboden haben und beheizbar sein. Es muß auch für Sitzplätze und Tische gesorgt werden. Baumaterialien dürfen darin nicht gelagert werden. Bei Tiefbauten dürfen die Räume höchstens 500 Meter von der Arbeitsstelle entfernt sein. Auf der Baustelle muß eine Gelegenheit geboten werden, Speisen und Getränke zu erwärmen. Auf jeder Baustelle ist gutes Trinkwasser bereitzuhalten. Vom 1. November bis 1. April dürfen Statuen-, Maler-, Fuhrer- und Tischlerarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume verschlossen sind. In Räumen mit offenem Kaminfeuer ohne Ableitung der Gase darf nicht gearbeitet werden.

Das christliche Gewerkschaftskartell Danzig und die Wohnungsnot. Das Danziger Ortskartell der christlichen Gewerkschaften hat den städtischen Kollegien folgenden Antrag unterbreitet:

„Der Magistrat und die Stadterordneten mögen einen Beschluß dahingehend fassen, daß der Kleinwohnungsbau gepflegt und baldmöglichst ein Wohnungsgesamt, bestehend aus Wohnungsinpektion, Wohnungstatistik und Wohnungsnachweis, eingerichtet wird.“

Die Begründung der Eingabe besagt: Ein großer Teil der Schuld an den schlechten Gesundheits- und wirtschaftlichen Verhältnissen der Danziger Arbeiterschaft ist unzweifelhaft der Wohnungsnot zuzuschreiben. Die Schließung von ungeeigneten Wohnungen und die Herstellung von breiteren Straßen ist anzuerkennen; es wäre in manchen Fällen ein noch schärferes Vorgehen zu wünschen, wenn für verlorengehende Kleinwohnungen Ersatz geschaffen würde. Für diesen Ersatz ist innerhalb der Stadt sehr wenig oder gar nichts geschehen. Arbeiter und Handwerker sind gezwungen, aus der Stadt zu ziehen oder größere Wohnungen zu mieten. Die Mehrkosten der Miete für größere Wohnungen müssen durch Abvermieten oder durch das Halten von Schlafburgen aufgetrieben werden. Das überlange Wege von und zur Arbeitsstätte mifflisch sind und daß das Schlafburgenwesen gesundheitlich und sittlich schädigend wirkt, eine Stadt aber ohne anständige Arbeiterschaft nicht bestehen kann, wird wohl nicht bestritten werden. Da nun die Stadt durch den Ankauf des Gutes Weißhof und des Wallgändes in der Lage ist, den Kleinwohnungsbau zu fördern, so erlauben wir, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen nach dem Ruffen anderer großer Städte zu verfahren. Ferner möge zum Bau von Arbeiterhäusern das Gelände nicht an Spekulanten, sondern an gemeinnützige Gesellschaften oder an Arbeiter selbst zu mäßigen Preisen aufgelassen werden. Baugelder und Versicherungsbeiträge seitens der Stadt Garantie geleistet werden. — Das Wohnungsgesamt, das nicht nur den Arbeitern die angeführte Hilfeleistung schaffen, sondern ihnen auch befristet sein kann, durch einen Wohnungsnachweis billige Wohnungen zu erhalten, würde durch die Wohnungsaufsicht erfolgreich wirken. Vielleicht wäre zur Wohnungsaufsicht eine weibliche Kraft hinzuzuziehen. — Zum Schluß der Eingabe wird auf die guten Erfahrungen hingewiesen, die andere Städte mit diesen Einrichtungen gesammelt haben.

Wohnungsnot in Königsberg. Die bereits im vorigen Jahr in Königsberg festgestellte Wohnungsnot ist nunmehr zu einer öffentlichen Katastrophe geworden. Am 1. Oktober meldeten sich rund 129 Familien bei der Polizei als obdachlos, da es ihnen nicht möglich war, eine Wohnung zu finden. Sie wurden in Festungsetablissemens und in der kerksteinenden Hindernisaufst untergebracht. Die Wohnungsnot ist in den letzten Tagen durch den Zuzug von Arbeitern infolge der Entlassungsgeschäften entstanden. Namentlich fehlt es an Klein

Wohnungen. Hierin hat die private Bautätigkeit vollständig versagt. Die neuerbauten Kleinwohnungen entfallen ohne Ausnahme auf Baugenossenschaften.

Eine Zementstein-Maschine. Von einer amerikanischen Firma wurde, wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, vor kurzem eine Maschine konstruiert und ausgeführt, in der Zementsteine mit farbigen dichten Ueberzug in Massenfabrikation hergestellt werden können. Diese Maschine, die nach den Angaben des Ingenieurs Bock im „Prometheus“ 4,20 Meter hoch, 5,1 Meter lang und 1,90 Meter breit ist und ein Gewicht von ungefähr 31750 Kilogramm hat, schiebt die Rohmaterialien (Zement, Sand und Kies) zunächst getrennt, mengt sie dann in trockenem Zustand, jezt bei Mischung die notwendige Quantität Wasser zu, wiegt in besonderen Vorrichtungen die Mengen für die einzelnen Formen ab, in die sie die zugewogenen Portionen des breiigen Fabrikationsstoffes gießt. Parallel mit diesem Vorgang vollzieht sich die Zubereitung des glasurartigen Ueberzuges aus Zement und äußerst feinem Sand, denen in feuchter Mischung die gewünschte Farbe zugefügt wird. Unter einem Druck von 100 000 bis 130 000 Kilogramm findet dann die Vereinigung von Steinmaterial und Ueberzug statt. Die glasierten Steine werden von den auf eine rotierende Walze montierten Mähnen von je acht Formen auf einer Platte abgeholt, von Arbeitern in Empfang genommen und zum Trocknen in geeignete luftige Schuppen gefahren. Deformationen sollen nicht vorkommen. Dieses Maschinen-Konstrukt besorgt also alle die vielfachen und unterschiedlichen Verrichtungen bei der Zementstein-Fabrikation selbst; es reinigt, mischt, rührt, vereinigt, glasiert, preßt und liefert seine Ware fix und fertig zum Trocknungsprozeß ab. Da ein Brand nicht nötig ist, ist der Farbenton des Stahlschmelzgefäßes durchaus einstellbar. Die Ingenieur Bock mitteilt, können mit der kurz skizzierten Maschine in zehn Stunden 40 000 Stück tafelloser, gleichmäßig geböckter und geformter Zementsteine fabriziert werden.

Kann das Fahrgehalt von der Wohnung zur Arbeitsstätte von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden? Die Berufungskommission für Steuerangelegenheiten im Stadtkreis Düsseldorf hat, wie die „Mh.-Westf. Ztg.“ mitteilt, in einer Berufungssache das Fahrgehalt von der Wohnung zur Arbeitsstätte und umgekehrt innerhalb des Stadtgebiets für abzugsfähig erklärt. Die Veranlagungskommission hatte in erster Instanz einen derartigen Abzug vom steuerpflichtigen Einkommen für nicht statthaft erklärt. Dem hiergegen erhobenen Einspruch ist die Berufungskommission jetzt gefolgt und hat dem Antrage gemäß die Staatssteuer von 21 Mk auf 16 Mk ermäßigt. Der Entscheid ruht sich auf § 20 des Einkommensteuergesetzes (Beinträchtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen); die notwendigen Ausgaben für die Straßenbahnfahrten von der im Stadteitel fahrenden Wohnung nach der Arbeitsstätte im Stadteitel Derendorf wurden als solche Beinträchtigung angesehen. Die Ausgaben für diese Fahrten betragen 62,40 Mk. Bei der räumlichen Ausdehnung unserer großen Städte ist diese Entscheidung bemerkenswert.

Ba 75 000 Mark Schadensersatz und des noch entstehenden Schadens wurden 75 streikende Metallarbeiter vom Gewerbegericht Karmen verurteilt. Diese legten bei drei Firmen ohne Rücksicht auf die Arbeit nieder. Ihre rückständigen Lohnforderungen betragen 218 Mk. Wir kommen auf das Urteil noch zurück.

Englisches Industrie-Schiedsgericht. Zur Vermeidung von Streiks und Ausperrungen oder zu deren Beilegung hat das englische Handelsamt unter dem Namen eines Industrial Tribunal's je sechs Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter unter einem unparteiischen Vorsitzenden berufen. Als Präsident ist der Minister Sir George Paquith berufen. Die namhaftesten Vertreter beider Parteien sind in der Kommission vertreten.

Sozialdemokratische Kronzeugen. Es ist unglücklich, was die sozialdemokratische Presse ihren Lesern zu bieten mag. Heute ist ihr Zug und Trug, was sie gestern noch als lautere Wahrheit gepriesen, morgen bezeichnet sie ihre Kronzeugen von heute als die größten Schwindler, um sie übermorgen wieder auf den Schild zu heben. Ein Beispiel:

Als die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ kürzlich in mehreren Sensationsartikeln den christlichen Gewerkschaften wieder mal ihr satigste Ende in Aussicht stellte, da verbreitete die gesamte sozialdemokratische Presse das Geschrei als feststehende Wahrheit geschäftig weiter. Fast zu gleicher Zeit brachte die „Mh.-Westf. Ztg.“ von einem gut unterrichteten Eblener Mitarbeiter eine „sensationsvolle Enthüllung“ über sozialdemokratische Pläne bezüglich der Marokkogeographie. Da war das Blatt mit einem Schlage nicht mehr glaubwürdig. Die Kölner „Rheinische Zeitung“ warf ihrer Kronzeugin gegen die christlichen Gewerkschaften „Tappigkeit, grandioses Erfindertalent, maßlose Düstigkeit, durchsichtigen Schwindel, kindisches Gerbere“ vor, während die Elberfelder „Freie Presse“ von „Blödsinn“ redete, „so lächerlich, so entsetzlich dumm“, und die „Mh.-Westf. Ztg.“ zu jenen Blättern rechnete, die nicht mehr ernst zu nehmen wären.

Noch tiefer schält die sozialdemokratische „Essener Arbeiter-Zeitung“ ihre Leser ein. In ihrer Ausgabe vom 28. September bringt sie auf einer Seite fast nebeneinander zwei Artikel, worin in dem ersten: „Das Siegel unserer Schwadje die „Mh.-Westf. Ztg.“ als Kronzeugin gegen den Wohlstandsaufmarschier, während im zweiten: „Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode“, dieselbe „Mh.-Westf. Ztg.“ als „Das Blatt blutigerer Verbrecher“ in maßloser Weise angegriffen wird, weil sie die Sozialdemokratie für den Untergrund des französischen Kriegsschiffes „Liberte“ verantwortlich gemacht habe. „Sede Züchtigung“, so wüdet die „Mh.-Ztg.“, die den Verleumdern dieser Schwandjäger zuteil werden könnte, würde eine Verführung mit ihnen und also die Notwendigkeit eines gründlichen Reinigungsbades für den Züchtiger bedeuten. Deshalb sei die ungeheuerliche Schandthat hier lediglih dieser gehängt.“

Wenn die sozialdemokratische Presse die Lortarennachrichten der „Mh.-Westf. Ztg.“ gegen die christlichen Gewerkschaften eifrig und verständnisvoll abdruckt, scheint die nahe Verführung die Notwendigkeit einer gründlichen Reinigung nicht zu ergeben. Die bedauerlichsten Fehler der roten Presse schänden das alles ohne jegliche Verschweigen. Und so was nennt sich stolz die Partei des Fortschritts und der Intelligenz!

Wann sind die Ausländer lästig, und wann ist ihre Ausweisung sicher? Das „Westf. Volksbl.“ schreibt: „In dem Baubezirke der Möhnetalsperre erregt das gefährliche Treiben der dort beschäftigten Ausländer unter der Bevölkerung lebhaftes Unbehagen. An der Sperre sind, wie es heißt, in der letzten Zeit beschäftigt gewesen 600 Italiener, 400 Kroaten, 200 andere Ausländer: wie Holländer, Polen, Russen, sog. Monarchen usw. Die Italiener sind im allgemeinen beratragliche solide Menschen, um so ärger aber sind die anderen Elemente, besonders die Kroaten. In den Kreisen des Baubezirks wagen sich die Bewohner abends nur selten auf die Straßen, welche von dem löffelnden Gesindel, in der Regel

mit Feuerwaffen, durchzogen werden. Noch am Sonntag wurde in Körbede bei einer zwischen Talperre-Arbeitern entstehenden Schlägerei einem ungarischen Arbeiter der Kopf berast zugerichtet, daß er ins Krankenhaus transportiert werden mußte. — Eine andere Schlägerei entstand daselbst im Logierhause. Hier dienten Bierflaschen als Waffen. — Ein anderer Arbeiter, der in das Krankenhaus eingeliefert worden war, benahm sich berast ungehörig, daß er in Polizeigewahrsam genommen werden mußte. Als nach der Ermordung des Polizeibieners Wuff bekannt wurde, daß die gefährlichsten Elemente als lästige Ausländer von der Polizeibehörde in Körbede die Ausweisungsbefehle erhalten hatten, atmete man erleichtert auf, um so schwerer war die Enttäuschung, als es hieß, daß vom Regierungspräsidenten auf die Beschuldigung eines Unternehmers hin die Maßnahme der Ausweisungsbefehle beruht sei. Man versteht auch nicht, daß für die z. B. in der Landwirtschaft zur Verwendung kommenden Arbeiter die strengsten Bestimmungen gelten, während die Unternehmer alle möglichen zweifelhaften Elemente ins Land holen dürfen.“

Wir sind der sicheren Ueberzeugung, daß, wenn es sich um streikende Ausländer handelte und es die ruhigsten Menschen von der Welt wären, an eine Zurücknahme einer erfolgten Ausweisung nicht zu denken wäre.

Ueber das Streikrecht der Staatsbeamten auheri sich der Rechtsgelehrte Professor Dr. Piloth in einem Gutachten:

„Es gibt im Rechte des Staates kein Streikrecht. Der öffentliche Dienst ist kein gewöhnliches Arbeitsverhältnis, der Staat in der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben kein Gewerbeunternehmer. Die Gewerbeordnung findet mit ihren Bestimmungen über Streikfreiheit auf den Staat nur Anwendung, soweit er sich ausnahmsweise als Gewerbeunternehmer selbst diesen Bestimmungen unterwirft. Im Staatsdienste hat er dies nicht getan. Mit der in den Beamtengeetzen erfolgten Regelung des Dienstrechtes ist der Streik nicht vereinbar. Dieses Dienstrecht gibt nur jedem einzelnen Beamten das Recht, freiwillig aus dem Staatsdienste unter Verzicht auf alle Rechte und nach Beledigung aller Pflichten auszuschiden. Das Reichsbeamtengeetz spricht nicht einmal dieses Recht ausdrücklich aus. Es ist aber auch nach Reichsrecht als bestehend anzunehmen. (Vgl. F. Laband, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches. 5. Aufl. Bd. I, S. 524. A. Schulze, Das Reichsbeamtengeetz. Leipzig, 1908. Ann. 6 zu § 2 und die dort zitierten.) Das bayerische Beamtengeetz spricht es ausdrücklich aus (Art. 10), und zwar mit Vorbehalt, die den Streik als zulässig nicht erscheinen lassen. Wenn nun auch nach deutschem Recht der Beamtenstreik als Rechtsbruch unzulässig und deshalb als Dienstverletzung anzusehen ist (vgl. über die Beurteilung des französischen Eisenbahnerstreiks, G. Zege im Jahrbuch des öffentlichen Rechts. Bd. V, S. 609), so ist doch für den einzelnen Beamten der Konflikt zwischen seiner persönlichen (staatsbürgerlichen) Ansehens dienlicher Verhältnisse und derjenigen, die er als Beamter zu vertreten oder doch zu ertragen hat, nicht ausgeschlossen. Die rechtmäßige Lösung des Konflikts erfolgt für die Minister, die sich mit ihrem Dienstherrn, dem König, in unausgleichbarer Meinungsverschiedenheit befinden, durch die beiderseitig freie Lösbarkeit des Dienstverhältnisses. Für die übrigen Beamten ist die freie Lösbarkeit eine einseitige, sie steht nur dem Beamten, nicht auch dem Dienstherrn zu. Ihm steht gegenüber dem unwillkürlich angestellten Beamten, der weder freiwillig ausscheiden will, noch in die gegebenen Beschränkungen seines Berufsrechts sich zu fügen vermag, nur die Beschreitung des Disziplinarweges behufs Lösung des Dienstverhältnisses offen. Daß die Entscheidung nur im Wege des gerichtlichen Erkenntnisses erfolgen kann, bedeutet eine wesentliche Sicherung seiner dienstlichen Stellung für die Beamten.“

Gelbe Litratir. Unter dem Titel „Der nationale Arbeiterverein (West Krupp) Eisen“ ist von interessierter Seite kürzlich eine sogenannte „programmatische“ Schrift erschienen, die den Charakter und Werdegang des gelben Vereins bei Krupp veranschaulichen soll. Im Hinblick auf vorherige Klame und vorklebende Selbstreinigung ist der Inhalt äußerst mager, zum großen Teil geradezu nichtsagend. Ungezählte Kleinigkeiten werden da zusammengefragt, z. B. wieviel Appellstufen und Kartoffeln von den Vereinsmitgliedern konsumiert, daß eine Emalle-Vorrichtung als Vereinsabzeichen eingeführt wurde und ähnliche Lappalien mehr. Wichtiger ist schon die Mitteilung, daß Herr Max Falkow (Hilfsarbeiter beim Directorium) als Bevollmächtigter der Firma dem gelben Verein beigegeben ist und neben dem Vorsitzenden sechs Bureaubeamte und ein Krankensucher die Geschäfte des Vereins erledigen. Die Firma Krupp läßt sich die Geschäfte schon etwas kosten, denn außer der Verwaltung in „eigener Regie“ leistet sie auch noch beträchtliche finanzielle Zuschüsse, um den Verein lebensfähig zu erhalten.

Daß die meisten Mitglieder nur aus stupidem Egoismus dem gelben Verein angehören, beweist die Bilanz der von der Firma unterstützten gelben Hilfskassenkasse, die viel höhere Krankenziffern und höhere Unterstützungsanwendungen verzeichnet als die Disziplinkasse und die allgemeine Betriebskassenkasse der Firma Krupp. Das gelbe Organ „Der Westverein“ Nr. 26 will dies damit erklären, daß den mehr als 45 Jahre alten Arbeitern der Eintritt in die Hilfskassenkasse bis Ende 1909 erwidrigt wurde, die jetzt die Kasse schwer belasteten. Na also! Mit dem Köder materieller Vorteile sind eben viele Egoisten für die gelbe Sache eingefangen worden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperit sind: Düsseldorf, die Firma Benzen für Zimmerer, Berlin (Waldsee) die Firma Althaus, Adersf., Essen (Kleinsieger) Sperre über die Essener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Lange u. Comp., Köln, für-Plattenleger die Zwischenmeister Geschen, Eßlinghausen (Streif der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Pilsbach, Palz (Sperre über den dortigen Kirchhennedau), Duisburg, Kleinsieger (Sperre über den Zwischenmeister Krüken), Gollantsch (Sperre über Pawliak) wegen Maßregelung. Zugug ist fernzubalken.

Bezirk Hosen.

Gollantsch. Der Unternehmer J. Pawliak, der anscheinend auch Mitglied des Arbeitgeberbundes ist, entließ, als er erfahren hatte, daß sich die Gollantscher Maurer dem Zentralverbande christlicher Bauarbeiter angeschlossen hatten, dieselben deswegen sofort am Montag, den 9. Oktober, während der Arbeit. So etwas könne er nicht dulden, erklärte er dem Kollegen Kranz, der ihn deshalb zur Rede stellte. Daß lasse er sich nicht bieten, daß sich die Maurer ohne weiteres und ohne sein vorheriges Wissen und Befragen irgendeinem Verbande anschließen; er würde ihnen das schon zeigen, so lange sie und er leben, wolle er sie nicht mehr haben zur Arbeit. Darauf aufmerksam gemacht, daß die Leute in Kündigung ständen, erklärte er sich bereit, dieselben wieder zur Arbeit zu nehmen, aber dabei ausdrücklich bemerkend, nur so lange, als er gesetzlich dazu gezwungen sei. So lange sollten sie arbeiten, damit er nicht ihr Faulenzen zu bezahlen braucht. Darauf verzichteten unsere Kollegen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Im weiteren Verhandeln vom Kollegen Kranz auf sein unmenntliches Verhalten gegenüber armen Familienvätern aufmerksam ge-

macht, erklärte Herr Pawliak, die Entlassung erfolge, weil sie nicht in den polnischen Verband gezwungen wären. Würden sie ihn gefragt haben, dann hätte er selbst den polnischen Verband ins Leben gerufen. Aber wenn sie das allein ohne ihn getan haben, wolle er sie nicht mehr sehen. Weiter erklärte er, er habe vom christlichen Verbaude nichts Gutes gehört, deshalb könne er es nicht erlauben, daß seine Leute sich demselben anschließen. Wie verstehen dem Herrn Pawliak seine Aufregung ganz gut, und zwar aus folgenden Gründen: Im Kreise Kongrowitz, also auch für Gollantsch, besteht seit dem 12. Juli 1910 ein Tarifvertrag mit für 1911 10 1/2 stündiger Arbeitszeit und 46 Pf. Stundenlohn, für 1912 10 Stunden und 49 Pf. und noch verschiedene mehr an Verbesserungen. Der Pawliak hat sich bis jetzt von der Erfüllung der Bedingungen gedrückt und läßt 11 Stunden arbeiten zu 43 Pf. Um nun auch für nächstes Jahr gesichert zu sein, will er sich unferes Verbandes entledigen und sehnt sich darum nach dem gelben — polnischen Verbaude, wobei er sogar noch als Vorsitzender fungieren könnte. Um diese Ausbeutung unmöglich zu machen, haben sich die Kollegen im christlichen Verbaude organisiert, um endlich auch in Gollantsch geregelte Verhältnisse einzuführen, wozu Pawliak laut Vertrag heute schon verpflichtet ist. Und darum nehmen wir den Kampf auf.

Bezirk Bohum.

Milhelm (Ruh). Nachdem die Firma Herr. Hollenberg den für das Kleinkleidergewerbe bestehenden Vertrag unterschrieben anerkannt hat, wird die über die Firma verhängte Sperre hiermit aufgehoben. Verpflichtet sind nun beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, den bestehenden Vertrag in allen Positionen einzuhalten.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlässe und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir mach-n die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 23. Oktober, der vierundbreißigste Wochenbeitrag fällig ist.

Maurer.

Ulfenstein. Am Donnerstag, den 12. Oktober, fand im Kobernitus unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht vom dritten Quartal, 2. Wahl zweier Hilfskassierer, 3. Verschiedenes. Nach Eröffnung derselben erhielt Kollege Föllmer das Wort zum Kassenbericht. Derselbe zeigt folgendes Ergebnis: die Gesamteinnahme betrug 2131,91 Mk. Die Einnahme für die Zentrale betrug 1524,64 Mk, die Ausgabe 191,45 Mk. Die Einnahme der Zofalkasse betrug 607,27 Mk, die Ausgabe 438,23 Mk, bleibt ein Zofalkassenbestand von 169,04 Mk. 12 Mitglieder wurden neu aufgenommen. Im Anschluß an den Kassenbericht führte Kollege Föllmer aus, daß wir in diesem Quartal, trotz der schlechten Konjunktur, die zurzeit in Ulfenstein herrscht, eine Einnahme erzielt hätten, wie seit zwei Jahren nicht mehr. Weiter ging Redner auf die hitzigen Verhältnisse näher ein und betonte, daß sich die Maurer mehr als bisher der Hilfsarbeiter annehmen sollten. Würden doch hier die Arbeiter mit 2 bis 250 Mk. höchstens 3 Mk pro Tag entlohnt. Hier sei es umbedingte Pflicht des Maurer, daß sie auch die Arbeiter für unsere Organisation gewinnen, damit auch diesen die Ertrugenschaften der Organisation zuteil werden. Weiter sei aber für alle Kollegen notwendig, sich mehr zu schulen. Gerade hier tue den Kollegen Schulung und Bildung bitter not. Dazu sei aber weiter notwendig, daß die Kollegen mehr den Alkohol meiden. Der Alkohol sei ein Feind der nachwärts strebenden Arbeiterschaft, er verdamme den Menschen und mache ihn zum Sklaven seiner Leidenschaft. Mit der Aufzorderung, jezt mit allen Kräften in die Herbsttagung einzutreten, schloß Redner seine Ausführungen. In der nun folgenden Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den gemachten Ausführungen einverstanden. Auch wurde beantragt, durch das Komitee einen Unterrichtscurfus für den kommenden Winter in die Wege zu leiten. Als Hilfskassierer wurden die Kollegen Fajschinik und Skowasch gewählt. Zu Punkt „Verschiedenes“ wurde beantragt, die Rückkontrolle einzuführen. Als Rückkontrolleure wurden die Kollegen Fubelski und Walski gewählt. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Föllmer wurde die Versammlung geschlossen.

Antonienhütte. Am Donnerstag, den 12. Oktober, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Derselbe war ziemlich gut besucht. Kollege Florian eröffnete die Versammlung und wies auf den Zweck, warum dieselbe notwendig war, hin. Wir mußten unseren Mitgliedern einmal zeigen, welche Fortschritte die junge Zahlstelle gemacht hat. Außerdem mußte ein Hilfskassierer gewählt werden. Kollege Jod, Fabrze, der als Referent erschienen war, machte die Mitteilung, daß Kollege Golla verhindert sei, zu erscheinen. Er erörtere dann den Schiedsspruch vom 6. Oktober in Kattowitz, der endlich einmal Klarheit über die Löhne für kommenden Jahr bringt. Er sieht 49 Pf. für 1912 und 1913 vor. Der Schiedsspruch wurde von beiden Parteien angenommen. Das sei wiederum ein erheblicher Fortschritt für Obereschlesien. Er beleuchtete dann die Erfolge, die wir in den letzten sechs Jahren zu verzeichnen haben: eine ganz erhebliche Steigerung des Lohnes, sowie die Verbesserung der übrigen Arbeitsbedingungen. Dadurch sei die ganze Lebenslage der obereschlesischen Kollegen bedeutend gehoben worden. Das müßte nun auch jeder einzelne einsehen und dafür sorgen, daß jeder Unorganisierte der Organisation zugeführt würde. Aber auch, daß jeder ein treues Mitglied der Organisation sein und bleiben muß. Er wies darauf hin, daß wir jezt ein anständiges Verbandsstatut haben und daß wir dem Wert für sein Bemühen großen Dank schulden. Nach reger Diskussion wurde beschloffen, in kürzerer Zeit wieder eine Versammlung abzuhalten, in der Kollege Ehrhardt-Kattowitz referieren soll. Mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Berlin. Ein seltener Vorfall ereignete sich vor dem Gewerbegericht in Rindorf. Es ist wohl von Interesse, diese skuriose Begebenheit der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Am 10. Oktober, morgens 8 1/2 Uhr, war ein Termin von dem dortigen Gewerbegericht angezett. Der Kollege J. hatte eine Lohnklage gegen den Arbeitgeber A. Da nun der Kläger nicht an der Verhandlung teilnehmen konnte, beauftragte er den Kollegen Bergmann (Vollkassierer von Berlin), ihn am Tage des Termins zu vertreten. Bei Beginn der Verhandlung leitete der dortige Vorsitzende D. M. den Kollegen Bergmann als Vertreter ab, mit der Begründung: „Arbeitgebervertreter sowohl wie Arbeitgebervertreter werden als Vertreter vor dem Gewerbegericht Rindorf nicht zugelassen.“ Als man der genannte Kollege über die eigentümliche Auffassung des Vorsitzenden D. M. verwundert in ruhiger und sachlicher Weise erklärte, daß die Ansicht des Vorsitzenden ihn bestimme, da man ihn in Berlin und Kattowitz derartige Schwierigkeiten noch nicht beizubringen habe, geschah etwas fast Unglaubliches. In einem Tone, wie man ihn wohl selten bei derartigen Verhandlungen gewohnt ist, wurde dem Kollegen Bergmann verfühet, daß er sich einer „groben Handlung vor Gericht“ schuldig gemacht habe und

wegen dieser „groben Handlung“ in eine Strafe von 20 M genommen sei. Auch wurde gegen den Kläger Verhaftungsbefehl erlassen. Dieser Vorfall kennzeichnet, wie man einen Arbeitervertreter vor Gericht glaubt behandeln zu dürfen.

Stukkateure.

Düsseldorf. Am Mittwoch, den 11. Oktober, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zur Tagesordnung stand: 1. Geschäftliches und Bericht des Vorstandes. 2. Bericht über die gegenwärtige Teuerung. 3. Geschäftsbericht und Neuwahl des Vorstandes. 4. Bericht über die letzten Schlichtungskommissionen. Im Bericht des Vorstandes machte Kollege Meister darauf aufmerksam, daß das im vorigen Vortrage erwähnte Fräulein Dönniges, welches die Ursache war, daß Bassalle im Duell erschossen wurde, am 3. Oktober in München durch Gift Selbstmord begangen habe. Kollege Pollmann hob hervor, daß in dem Streit zwischen der Firma Jakob, die ihre Leute nach Elberfeld zum Neubau des Warenhauses Dierich entsandt habe und dort die Arbeiter nach Düsseldorf zur Arbeit im „Alford“ ausführen ließ, noch keine Einigung zustande gekommen sei. Morgen finde nochmals eine Sitzung im Rathause in Barmen statt. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die hiesige Schlichtungskommission durch einen Kollegen vertreten sein sollte. Dann erhielt Kollege Meister das Wort zum Vortrag. Er hob eingangs hervor, daß eine sehr große Heere seit Wochen infolge der Teuerung sich bemerkbar gemacht habe. Die Sozialdemokratie hätte dadurch eine reiche Ernte. Statt aufstrebend zu wirken, schiebe sie alle Schuld der Teuerung der Handels- und Politik zu. Daß durch solche Agitationsmethode die Parteien am besten gelobt wird, ist selbstverständlich. Redner ging dann des näheren auf die Gründe und Ursachen der Teuerung ein und war der Ansicht, daß der Höhepunkt überschritten sei. Schon wären jetzt die Preise von einigen Lebensmittelpunkten im Sinken begriffen. Der soziale Ausschuß der christlich-nationalen Arbeitervereine habe einen Antrag an die Stadterverordneten eingebracht, wonach die Stadt Mittel ergreifen soll, der arbeitenden Bevölkerung billige Lebensmittel zuzuführen ohne Zwischenhandel. Der Antrag sei bereits einer Kommission überwiesen. Zum dritten Punkt gab Kollege Pollmann den Geschäftsbericht. Die wichtigste Arbeit sei der Abschluß des neuen Vertrages im Stadterwerb gewesen. Derselbe enthalte 109 Affordpositionen, zu deren Beratung bis zum Abschluß 159 Verhandlungsfunden notwendig gewesen seien. Schlichtungskommissionen zur Beilegung von Differenzen haben über 50 Fälle geurteilt. Gewiß ein Zeichen dafür, daß die Auslegungen und Meinungen über die einzelnen Positionen bei beiden Parteien sehr verschieden sind. Manche Sitzung hätte auch erspart werden können, wenn die Antragsteller korrekt dem Vertrage gemäß gehandelt hätten. Mitgliederversammlungen fanden 20 statt, darin wurden in dreizehn Fällen Vorträge gehalten. Die Mitgliederzahl, welche im Jahre 1910 etwas durch die Ausperrung zurückgegangen war, ist wieder überholt. Der Berichterstatter sagte darüber, daß die Arbeitszeit von einigen Kollegen immer noch nicht eingehalten wird. Diesem Unwesen müßte sofort entgegengetreten werden. Das Verhältnis zu dem sozialdemokratischen Stukkatorenverband bezeichnete er, abgesehen von einigen Ausfällen, im hiesigen Bezirk als zufriedenstellend. In den Vorstand wurden Kollege Pollmann zum ersten Vorsitzenden, zum zweiten Vorsitzenden Heinrich Mai; zum ersten Schriftführer Hubert Deeken, zum zweiten Schriftführer Heinrich Schellings. Beim letzten Punkt kamen die hiesigen Schlichtungskommissionen nochmals zur Sprache und wurde sodann die interessante Versammlung in Barmen abgehandelt.

Essen. (Sozialdemokratische Verdrängungs-Funk.) In Nr. 40 des „Stutteler“ kommt der „Genosse“ Radtke auf meine Ausführungen vom letzten Verbandstag zurück. Er ist neugierig, ob ich die über ihn gemachten Angaben zurücknehme. Niemand, „Genosse“ Radtke. Ich halte meine Ausführungen aufrecht. Wirklich ist von Radtke in der Versammlung (nicht Sitzung) in Kattenschied am Abend des 10. S. 1911 in Lokale Kalmgarten folgende Äußerung gemacht worden: „Die Bahn der Tarifverträge muß zerstört werden.“ Diese Ausführungen sind sofort niedergedröhrt worden. Und wird er wissen, daß ich in meinen Ausführungen diesen Satz sofort entgegentrat. Daß ich mich mit Radtke in dieser Versammlung nicht herangeheut habe, darf er mir nicht verweihen; denn mit Unanheim zu kämpfen, hatte ich an dem fraglichen Abend keine Zeit, weil diese Versammlung ein im Interesse der Kollegen liegendes Resultat zeitigen sollte. Das Ende der Versammlung hat ja Radtke nicht abgewartet; lange bevor die Versammlung zu Ende war, verließ er er bereits. Jedenfalls weiß er nicht mehr, was er damals in der Aufregung sagte. Grundsätzlich muß Radtke jetzt gestehen, daß es haller Wahnsinn sei, wenn er diese Äußerung getan hätte. Diese Meinung, daß die Aufhebung Radtkes „Wahnsinn“ sei, vertreten eine ganze Anzahl Versammlungsbesucher, die privatim nach Schluß der Versammlung erklärten: „Gerade hat heute Abend aber wieder mal ein von Stempel gehalten; den Satz hätte er sich denken, aber nicht aussprechen sollen.“

Essen. Eine in den Tagen vom 20. bis 23. September vorgenommene Stadtpolizei ergriffte sich über die Orte Essen, Kellinghausen, Altesse, Kran, Steel, Rothhausen, Gaternberg, Kapfendrich, Berden, Keitwig, Berden und Umgegend. Bezahlt wurden: Polizei 245, Geiseln 262, Sanitätsarbeiter 1718, Beiräte 300. Davon waren organisiert: Geiseln 224 (Christlich: 125, sozialdemokratisch: 101), Sanitätsarbeiter waren 1009 organisiert (Christlich: 400, sozialdemokratisch: 604, politische Berufsvereinigungen: 2, Gewerkschaften: 2, Arbeiter-Verband: 1). Von den 409 Geiseln und Hilfsarbeitern waren 1655 Christlich, 1966 sozialdemokratisch, 2 in der politischen Berufsvereinigungen, zusammen 3621, organisiert, 707 unorganisiert. Ein großer Teil dieser letztgenannten geht in Ausländer, zum Teil nicht organisierte. In Kattenschied wurden gefunden 51, davon waren 32 Kantanten, 30 Umbauten, 60 Reparaturarbeiten. Die Arbeitszeit und Befahrung ist in allen Orten auf Grund des Vertrages geregelt. Da wo Verstöße vorgetrieben sind, haben wir in den meisten Fällen ein Gewerbegericht des Reich der Kollegen ergriffen. Das jetzt wurde in diesem Jahre die Summe von 220,000 M für die Kollegen am Gewerbegericht erstritten. Die Höhe der Polizei konnte man nur zum Teil ermitteln. Die Unfallversicherungsbeiträge werden allmählich mangelhaft durchgezahlt. Die Bedienung liegt an mehreren Stellen viel zu wünschen übrig. Verbandsbüchern werden nur an wenigen Stellen ausgeteilt, meistens jedoch nur mit ungenügender Anzahl. Die Verbände waren zum großen Teil sehr schlecht, zerstückelt, zerfallen, zerfallen und andere sehr konnte man in sehr vielen Orten. Die familiären Einrichtungen waren als schlecht zu bezeichnen. Auf den meisten Orten fehlte das Dach, an vielen anderen die Türen. Mit vorübergehender Hilfe wird, wenn auch keine vollständige, so doch immerhin eine Verbesserung darüber gegeben, was sich auch eingestellt werden muß. Begünstigt der Zahl der Arbeiter werden, daß infolge der vielen kleinen Reparaturarbeiten einige Arbeiter nicht beschäftigt werden konnten. Könnten, was alle Verdrängung, mit allen Kräften dahin zu streben, daß die hier prägende Organisation will anders zusammen-

gesetzt sein, als wie in diesem Sinne gezeigt worden ist. Mögen daher alle Mitglieder auf der Hut sein.

Frieddorf, 14. Oktober. Heute hielt unsere Zahlstelle die regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenbericht vom dritten Quartal, 2. Bericht über den Verbandstag in München und Ergänzungswahl des Vorstandes. Der Kassierer, Kollege Bayer, gab den Kassenbericht vom dritten Quartal. Zugleich gab er auch einen Ueberblick über den drei Quartalen dieses Jahres. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Organisation hier an Orte gut ausgebaut ist. Die Zahlstelle zählt jetzt 78 Mitglieder. Aufgenommen wurden in den drei Quartalen 32 Kollegen. Kollege Bayer führte dann noch aus, daß er zwei Kassiererposten bekleide: den des Verwaltungskassierers, wo er mit 13 Zahlstellen die Kassen-geschäfte zu leiten habe. Die Arbeit sei zuviel für eine Person, daher müsse er den Kassiererposten der Zahlstelle niederlegen. Ein anderer müsse an seine Stelle treten. Der Vorsitzende, Kollege Guth, dankte dem Kollegen Bayer für seine umfängliche Tätigkeit und ersuchte ihn, nicht auf seinem Entschluß zu bestehen, sondern im Interesse der christlichen Organisation die Arbeit weiterzuführen. Ihm schloß sich Kollege Lange an. Bayer bestand aber auf Neuwahl eines Zahlstellenkassierers. Bei der Wahl zeigte sich, daß man dem Kollegen Bayer den Kassiererposten durchaus verlassen wollte. Nach den diesen Ablehnungen erklärte er sich dann auch bereit, trotzdem er nun schon fünf Jahre die Zahlstellenkasse führte, bis zur Neuwahl des Vorstandes die Kassengeschäfte weiterzuführen. Bezirksleiter Kollege Lange gab dann den Bericht über den Verbandstag in München und machte die Kollegen mit dessen Beschlüssen vertraut. Der Bericht wurde sichtlich erfreut aufgenommen. Die Neuerungen im Verbands werden dazu beitragen, daß alle Kollegen mehr Gewicht darauf legen, die Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten.

Selbstkirchen, 6. Oktober. Ueber „christliche Vermutungen und dunkle Andeutungen“ berichtet Karl Humold, seines Reichens Lokalbeamter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, in Nr. 39 des „Grundstein“. Was hat's ihm angetan? In Nr. 37 der „Bauergewerkschaft“ haben wir seinen „Mut“ genügend gekennzeichnet, sowie seine Verdrehungen und Verleumdungen gegenüber der christlichen Arbeitervereine und deren Führer gebrandmarkt. Wie alle Menschen, die kein reines Gewissen haben, regt er sich nun gewaltig auf, postert und spuckt große Bogen. Unheimlich wartete sein Schimpfexzess schon auf Abzug. Auf allen Schmier des Humold jedoch einzugehen, halten wir nicht für notwendig, da er selbst beweist, wie wenig es ihm um Objektivität zu tun ist. Und so schent er sich, seine unwahren Behauptungen vor aller Öffentlichkeit zurückerzählen. Auch steht uns kein „kleiner Junge“ zur Verfügung, durch den wir Zeit gewinnen, derartigen „Schmier“ niederzuschreiben. Jedenfalls braucht uns Humold keine Anweisungen zu geben, wie wir Verleumdungen und Beschimpfungen belibien zurückzuweisen. Wir halten es für notwendig, dies vor der Öffentlichkeit zu tun, und wenn das nicht beliebt, ist ein Feigling. Im weiteren muß auch „Peter“ herhalten. Doch wir möchten Humold anraten „Zu dem Knaben nichts zuleide“, laß ihn Arbeitersekretär bleiben. Ferner treffen die Zeitstellungen Humolds nicht zu. Reiz hat erklärt: „Humold und Köhler wären gekommen, aber sie hatten keine Zeit.“ Trotzdem mußten die anberaumten Bezirksversammlungen wegen Fernbleibens der Rezenten geschloffen werden. Was nun die Veröffentlichung der Dokumente anbelangt, welche Humold fordert, so können wir ihm nur verraten, daß wir eben so „weise“ sind, als auch er, und daß diese Dokumente vorläufig in unserm Archiv gut verwahrt bleiben. Uns liegen die Interessen der gesamten Arbeitervereine ob, und werden daher, wenn wir nicht gezwungen dazu werden, diese im Interesse der Arbeitervereine nicht veröffentlicht. Nun möchten wir uns noch kurz dem verkappten „S. B.“-Artikelschreiber zuwenden. Humold schreibt davon einer klüglichen Haltung des „S. B.“ in einer hiesigen Dunderischen Bauarbeiterversammlung, Humold, wie gewöhnlich, war in dieser Versammlung nicht anwesend, sondern sein Freund Köhler (pardon: ob's Freund sind?), der gleich dem S. B. Redner über die christliche Gewerkschaftsbewegung die unheimlichsten Dinge vorbrachte. Soweit die christliche Gewerkschaftsbewegung in Frage kommt, hat „S. B.“ dieselbe vertreten, was das Zentrum anbelangt, hatte „S. B.“ gar keine Veranlassung, dies zu tun, da wir als parteipolitisch neutrale Organisation uns in Gewerkschaftsversammlungen nicht um politische Parteien kümmern. (Anderes bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was die tonische Figur des „S. B.“ anbelangt, so sollte Humold doch seine eigene Person nur betrachten. Er kann versichert sein, daß, wenn er einmal den Gesandten Boden verlassen muß, seine „Genossen“ keinen Gipsabdruck von ihm nehmen. Daß der „S. B.“ bei seinen Ausführungen recht vorzüglich ist, kann man bei der Verdrehungskunst verschiedener Genie verstehen. Wir möchten auch heute erneut Humold sagen, daß zu allen wichtigen Fragen in der Gewerkschaftsbewegung der „S. B.“ das Einverständnis der Bezirksleitung einholt, und wie die Verfassung gelehrt, hat selbst Humold davon nur Vorteil gehabt. Jedenfalls wäre es auch für ihn ratsam, in Zukunft die Zusammenarbeit zu bitten, denn seine Latenz ist nur zu oft nicht die richtige. Im übrigen überläßt der „S. B.“ recht gerne dem „weisen“ Humold seine Besessheit, und bittet ihn, sich ein wenig anzuhängen.

Posen. Am Freitag, den 6. Oktober d. J., wurde vom Ortsrat der christlichen Gewerkschaften beschlossen, eine Eingabe an den Magistrat von Posen zu machen, in welcher derselbe ersucht wird, Maßnahmen gegen die eingetretene Teuerung zu treffen. Die Eingabe lautete wie folgt: „Die erhaltene Dürre hat eine enorme Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel zur Folge gehabt. Ein Mensch, der besonders die arbeitenden Stände schwer befaßt, so daß die normale Lebensweise derselben sehr gefährdet ist. Zur Abmilderung dieses Notstandes hat die Staatsregierung auf wichtige Lebensmittel, Kartoffeln usw., Notstandstarife eingeführt. Zahlreiche Kommunen sind durch Einrichtung städtischer Einkaufsstellen für Lebensmittel bestrebt gewesen, an ihrem Teil dem Notstand zu helfen. Besonders schwer lastet diese Teuerung auf der Arbeiterklasse. Soziale Arbeiter sind in dieser Hinsicht besonders bedrückt, da hier die Mietpreise so hoch stehen, daß mancher Familienverdiener gezwungen ist, bis zu einem Drittel seines Einkommens für Miete aufzuwenden. In Erwägung dieses Umstandes ersucht der Ortsrat christlicher Gewerkschaften Posen den wohlthätigen Magistrat, auch diesseits geeignete Schritte zur Bekämpfung der Nahrungsmittelnot tun zu wollen.“ Die Stadterverordnetenversammlung vom 11. Oktober d. J. hat sich in dieser Sitzung mit den Maßnahmen gegen die Teuerung beschäftigt. Man hatte hier nicht bloß schöne Worte, sondern ging zu Taten über. Der Magistrat bewilligt den Einkauf von Kartoffeln und Getreide, um dieses zum Selbstkostenpreis an die mangelnde Bevölkerung abzugeben. Den städtischen Arbeitern sollen Kartoffeln und Äpfel als Teuerungsgulage gewährt werden. Es wurde weiter eine geeignete Deputation eingesetzt, der ein Kredit von 20000 M zur Verfügung gestellt wurde. Das ist wenigstens einmal praktische Arbeit und kann zur Nachahmung empfohlen werden.

Literarisches. Berliner Reisekalender 1912. Es fehlt an Liebe in der Welt; das sieht man im Menschenverste. Die ganze

soziale Frage ist im Grunde eine Herzensfrage, denn mit besserem Herzen würden die Menschen nicht einer so weitgetriebenen Rücksichtslosigkeit, Härte und Rohheit fähig sein. Darum ist den kleine Tierchenkalender 1912 freudig zu begrüßen, welcher in unserer Kinderwelt die Gesühle des Wohlwollens, der Rücksichtnahme und Güte gegen die Tiere erwecken und pflegen will, in der Zuversicht, daß die Wirkung darauf nicht beschränkt bleibt. Mit Tieren kommt jedes Kind in Berührung; vielen ist es ein Gebieter, und zwar ein freundlicher oder ein grober und nachlässiger. Wenn man also das kindliche Gemüt mit mehr Teilnahme für die Tiere erfüllt, so stärkt man die guten, forgnen Gemütszustände des Kindes überhaupt und es wird bereit auch ein guter, rücksichtsvoller Mensch. Der Kalender ist billig; seine Auflage beträgt 1 1/2 Millionen Stück. Auf 48 Seiten mit 17 Bildern und einem bunten Titelbild findet man Erzählungen, Gedichte, Rätsel. Bei Einzelzusendung vom Verlag kostet der Kalender einschl. Porto 10 Pf. Mehrbetrag billiger, deshalb sehr passend für Schulen, Vereine, Weihnachtsbescherungen. 5 Stück gleich 35 Pf., 11 Stück gleich 70 Pf., 110 Stück gleich 5 M. Ausführliche Preisliste beim „Berliner Tiereschußverein“, Berlin SW 48, Wilhelm-Strasse 23.

Von den Arbeitsstellen.

Bedhausen. Donnerstag, den 5. Oktober, nachmittags 3 Uhr, ereignete sich beim Abbruch der Kirche ein bedauerliches, wenn auch nicht tödliches Unglück. Der Kollege Eduard Wehner, Mitglied unseres Verbandes, fiel sechs Meter in die Tiefe auf einen Steinhaufen. Er erlitt einen Beckenbruch. Nachdem ihm die erste Hilfe durch Doktor Beckmann zuteil geworden war, wurde er mit der Droschke ins Krankenhaus nach Buer gebracht. Hoffentlich wird der Kollege mit dem Leben davonkommen. Kollegen von Bedhausen, die Augen offen, weil auch hier noch viel an Arbeiterschicksal fehlt.

M.-Glabbach. Am 9. Oktober stürzte der Dachbeder Josef Gensche von einem 25 Meter hohen Turm ab. Er war mit Reparaturen an dem sogenannten Staubturm bei der Firma Glabbacher Textilwerke beschäftigt. Infolge eines Fehltrittes stürzte er in das Innere des Turmes, schlug dabei mit dem Kopf auf einen Mauervorsprung, was den sofortigen Tod infolge Schädelbruches herbeiführte. Hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Im nächsten Jahre erhalten alle Verbandsmitglieder, mit Ausnahme derjenigen, die im Jahre 1911 beigetreten sind, und derjenigen, die noch keine Erinnerungs-marke für treue Pflichterfüllung bei der Ausperrung im Jahre 1910 erworben haben, neue Mitgliedsbücher. Die Ausfertigung derselben erfolgt im Zentralbureau des Verbandes. Am 2. Dezember ist für dieses Jahr der letzte Wochenbeitrag für die Zentralkasse fällig. Die Verwaltungsvorstände werden schon jetzt ersucht, an diesem Datum mit der Einzahlung der Mitgliedsausweise zu beginnen und diese dem Zentralvorstand zuzusenden. Es sind jedoch nur die Mitgliedsausweise einzusenden, welche die Erinnerungsmarke von 1910 und die Schutzmarke 1911 enthalten. Es müssen also die Lokalen, wie zentralen Beitragspflichten bis dato erfüllt sein.

Damit die Mitglieder sich auch nach Abgabe der bisherigen Mitgliedsausweise als Verbandskollegen legitimieren können, sind ihnen seitens der Verwaltungsvorstände provisorische Mitgliedsarten auszustellen. Letztere werden den Vorständen rechtzeitig zugesandt.

Die neuen Mitgliedsbücher werden den Mitgliedern unentgeltlich verabfolgt; dazu passende Futterale sind mit 15 Pf. pro Stück zu bezahlen. Laut Beschluß der Münchener Generalversammlung ist jedes Mitglied verpflichtet, ein derartiges Futteral zu entnehmen. Den Verwaltungsvorständen wird pro Buch ein Futteral zugesandt, und haben diese für Einzahlung des entsprechenden Betrages aufzukommen.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Jos. Wiedeborg.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.
Betreffs Duitungsmarken:

Die Kassierer der Verwaltungs- und Zahlstellen wollen bitte darauf hinweisen, daß für das nächste Jahr wieder eine andere Markenfarbe eingeführt wird und die Bestände der diesjährigen Marken mit der Abrechnung des vierten Vierteljahres eingezahlt werden müssen. Wir ersuchen daher, die Markenbestellungen schon jetzt danach einzurichten, damit nicht zu große Bestände zurückgelassen zu werden brauchen.

Betreffs Schlusstempel:

Die Kassierer der Verwaltungs- und Zahlstellen wollen bitte darauf hinweisen, daß für das nächste Jahr wieder eine andere Markenfarbe eingeführt wird und die Bestände der diesjährigen Marken mit der Abrechnung des vierten Vierteljahres eingezahlt werden müssen. Wir ersuchen daher, die Markenbestellungen schon jetzt danach einzurichten, damit nicht zu große Bestände zurückgelassen zu werden brauchen.

Der Zentralvorstand.
J. A.: J. Wiedeborg.

Achtung!

Im Verwaltungsgebiet Essen werden Maurer, Stuckateure und Hilfsarbeiter in größerer Anzahl gesucht. Zu melden auf dem Werkbureau Trohnhäuser Straße Nr. 19 zu Essen. Telefon 1012.

Der Verwaltungsvorstand.
J. A.: W. Kirchner.

Aufforderung.

Folgende Kollegen werden, damit ihnen ihre Bücher zugestellt werden können, um Angabe ihrer Adressen gebeten: Anton Hildebrandt, Maurer, geb. 28. 5. 1883, eingetr. in Düsseldorf; Heinrich Fiedinger, Bauarbeiter, geb. 31. 3. 1891 zu Gemme, eingetr. in Schabinghorst am 1. 6. 1911.

Heinrich Fiedinger, geb. 31. 3. 1891, eingetr. in Schabinghorst, Kaiserpl. 17.